

Solaranlagen über Denkmalschutz

Energiethemen dominieren im Landrat derzeit die Debatten. Dabei bilden sich auch ungewöhnliche Allianzen.

Yann Schlegel

Ein Abwägen sei es, sagte der zuständige Regierungsrat Isaac Reber. Ein Abwägen zur Frage: Bewahrt die Gesellschaft die geschützten Dorfkerne, oder darf – nach liberalem Ansatz und im Sinne der Energiewende – auf jedes Dach eine Solaranlage gebaut werden?

Ein Graben tat sich auf im Landrat. Die Positionen verschieben sich gegenüber der Landratsdebatte vor zwei Wochen um 180 Grad. Hatten die Bürgerlichen damals mit Hilfe der Mitte/GLP-Fraktion eine Photovoltaik-Pflicht auf Neubauten abgelehnt, machten sie sich diesmal dafür stark, die Hürden für den Bau von Solaranlagen in Kernzonen abzubauen. «Wir haben lockerere Gesetze auf Bundes- und Kantonebene, aber die Richtlinien der Denkmalpflege sind entscheidend», sagte Saskia Schenker (FDP), Urheberin des Vorstosses. Die Vorlage des Regierungsrats war den Bürgerlichen zu wenig liberal.

Obwohl sich einiges getan hat, seit Schenker den Vorstoss einreichte. Bisher bestand auf 93 Prozent der Dächer in Bau- und Landwirtschaftszonen bloss eine Meldepflicht für Solaranlagen. Seit April sind Photovoltaikanlagen auch in geschützten Gebieten ausserhalb von Kernzonen erlaubt – wobei sie bewilligungspflichtig sind. Somit bleiben rund drei Prozent der Dachflächen aufgrund ihrer kulturhistorischen Bedeutung geschützt.

Der «Ochsen» in Arlesheim als Exempel

Stephan Ackermann (Grüne) sagte mit Blick auf die Zahlen: «Wir haben im Baselbiet eine liberale Haltung, nur wird sie viel zu wenig genutzt. Beispielsweise in Pratteln sind erst 4,7 Prozent der Dächer belegt.» Auch Regierungsrat Reber bat in seinem langen Votum darum, einen distanzierteren Blick auf



Solaranlage auf dem Stabhof im historischen Stedtl von Liestal: Erlaubt, weil nicht einsehbar.

Bild: Benjamin Wieland (26. Juli 2022)

die Thematik zu werfen. «Wir sollten versuchen, dort vorwärtszumachen, wo keine Hürden bestehen. Das wäre nicht nur der schonende Weg, sondern auch der wirtschaftlichere und effizientere.»

Die Bürgerlichen stören sich vor allem am Kriterium, eine Solaranlage müsse «schlecht einsehbar» sein, um Chancen auf eine Bewilligung zu haben. Etwa der Gasthof Ochsen in Arlesheim könne deswegen keine Photovoltaikanlagen bauen, erwähnte Saskia Schenker ein konkretes Beispiel. Das Gebäude ist nicht denkmalgeschützt, steht aber in einer Kernzone und ist rundherum einsehbar.

Die Bemühungen der Rats-rechten, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuschicken, blieben ohne Erfolg. In

einer hauchdünnen Abstimmung setzte sich die Linke mit 42 zu 39 Stimmen durch und schrieb die Vorlage ab.

Unheilige Allianz in der Geldfrage

Für weiteren Zündstoff sorgte ein anderer Vorstoss zu Solar-energie. «Dass ausgerechnet von der SVP eine Forderung für staatliche Regulierung kommt, irritiert mich», sagte Andreas Dürr (FDP) in Richtung Hanspeter Weibel (SVP). Dieser will mit einer Motion bewirken, dass der Regierungsrat künftig den Preis festlegt, der Privaten für eingespeisten Solarstrom vergütet wird. Die Einspeisevergütung habe jenen Menschen, die in Photovoltaik investierten, in den letzten Jahren keine Sicherheit gegeben, begründete Weibel

sein Anliegen. «Der Markt existiert nicht, es ist ein Diktat für viele», sagte er und kritisierte die Konzessionen an Energieversorger, welche je nach Gemeinde den Strom abkaufen und den Preis dafür festlegen.

Weibel erhielt Unterstützung von der SP: Urs Kaufmann sagte, die Energiekrise zeige nun, dass die Firmen einen grossen Fehler gemacht hätten. «Die Vergütung war ein Hohn gegenüber den Leuten, die eine eigene Anlage bauten.» Jene Firmen, die keine Anreize gesetzt hätten, müssten nun deutlich mehr teuren Strom zukaufen.

Die Grünen mochten hingegen nicht in den Applaus für Weibel einstimmen. Erst vor zwei Wochen habe er noch gesagt, Solarenergie helfe, den Blackout zu beschleunigen, warf

Peter Hartmann Weibel vor. Hinzu kam der formelle Haken, den vor allem auch die FDP bemängelte: Da die Einspeiserückvergütung auf Bundesebene geregelt ist, würde eine Änderung im kantonalen Energiegesetz wirkungslos bleiben.

Zudem sind die Energieversorger im Baselbiet anders als im Kanton Basel-Stadt keine Staatsbetriebe, sondern als privatrechtliche Genossenschaften organisiert. Deshalb sei unklar, ob der Kanton den Betrieben überhaupt Vorgaben für die Rücklieferartef machen könne, sagte Isaac Reber. Er signalisierte jedoch grosse Bereitschaft, das Gespräch zu suchen. Weibel beharrte darauf, die Motion nicht zum Postulat umzuwandeln. Dennoch brachte die unheilige Allianz aus SP und SVP den Vorstoss durch.

Wird Nothilfekurs für Sektischüler obligatorisch?

Der Landrat überweist eine Motion an die Regierung, doch zuständig wäre eigentlich der Baselbieter Bildungsrat.

Michael Nittnaus

Selten wurde ein Vorstoss von der Landratsmehrheit als wichtiger eingestuft, denn: Es ging für viele um nichts weniger als Leben oder Tod. SVP-Landrätin Anita Biedert verwies darauf, dass in der Schweiz jährlich rund 8000 Menschen einen plötzlichen Herz-Kreislauf-Stillstand erleiden. Gerettet werden könnten dabei nur sehr wenige. Dies, da Wiederbelebungsmaßnahmen in den ersten drei bis fünf Minuten ergriffen werden sollten. Für Biedert ist klar: «Es sind Laien vor Ort, welche die Rettungskette anführen müssen.»

Der Ansatz der 69-jährigen Lehrerin: Sie fordert per Motion, dass auf der Sekundarstufe I und II zwei Lektionen «Nothilfe mit Schwerpunkt Reanimation» pro

«Ich bin erschüttert, dass die Regierung dagegen ist. Es geht schliesslich darum, Leben zu retten.»



Anita Biedert
SVP-Landrätin und Lehrerin

Jahr in die Studentafel aufgenommen werden. Und Biedert überzeugte die Landratsmehrheit: Mit 54 Ja- gegen 25-Nein-Stimmen bei einer Enthaltung wurde die Baselbieter Regierung beauftragt, dies umzusetzen.

Überlebensrate im Tessin auch dank Schulen höher

Vorreiter dieser Idee ist der Kanton Tessin, der schon seit Jahren Schülerinnen und Schüler im 8. und 9. Schuljahr in Nothilfe ausbildet. Dies ergänzend zum Netzwerk erwachsener First Responder – also jener Personen, die als erste vor Ort Massnahmen ergreifen können –, bei dem der Kanton ebenfalls führend ist. Das Resultat: Die Überlebensquote nach einem Herzstillstand liegt im Tessin je nach

Studie zwischen 30 und 60 Prozent und damit wesentlich höher als in der Restschweiz.

Dennoch war Biederts Motion umstritten, die Nein-Stimmen verteilten sich über alle Fraktionen. Auch der Regierungsrat lehnte das Anliegen ab. Dies löste bei Biedert Emotionen aus: «Ich bin erschüttert, dass die Regierung dagegen ist. Es geht schliesslich darum, Leben zu retten.» Für Bildungs-direktorin Monica Gschwind sprachen gleich mehrere Punkte dagegen. Der Wichtigste: «Die Erstellung der Lehrpläne und Studentafeln gehört gemäss Bildungsgesetz in die Kompetenz des Bildungsrates.» Dieser beschliesse abschliessend, der Landrat könne die Einführung eines Nothilfekurses bloss als Wunsch platzieren.

Gschwind gewährte auch gleich Einblick in die Haltung des Bildungsrates: Dieser überliess es bis jetzt den Sekundarschulen und Gymnasien, autonom zu entscheiden, ob und wie sie es im regulären Unterricht oder in Projektwochen einbinden. Biedert pocht aber auf einer verpflichtenden Regelung. FDP-Landrat und Bildungsratsmitglied Heinz Lerf konnte aber nicht mehr sagen als: «Die Wichtigkeit des Themas ist uns sehr bewusst.»

Emotional wurde es auch, weil quer durch die Fraktionen Stimmen fragten, was denn für die zwei Lektionen pro Jahr anderes aus der dicht kalkulierten Studentafel gestrichen werden solle. Gschwinds Fazit fällt ernüchternd aus: «Es ist wirklich eine vertrackte Situation.»

Mathedefizit nicht mehr mit Musik kompensieren

Sekundarschule Es ist eine ernüchternde Tatsache: Zahlreichen Baselbieter Sekundarschülerinnen und Sekundarschülern der Niveaus E und P gelingt der Sprung an eine weiterführende Schule wie Gymnasium oder FMS nicht, da sie an den Promotionsbedingungen scheitern. Für die Landräte und Lehrer Jan Kirchmayr (SP) und Anita Biedert (SVP) ist der Grund klar: Während in den ersten beiden Sekundarjahren Schwächen in Kernfächern wie Mathematik, Deutsch, Englisch oder Biologie mit Noten aus dem Bereich Phil. III – Werken, Musik, Sport – kompensiert werden können, ist das für den Übertritt an die nächste Stufe nicht mehr möglich.

Der Landrat überwies nun zwei Postulate von Kirchmayr und Biedert an die Regierung, um die Laufbahnverordnung zu überarbeiten und neue Promotionsmodelle zu evaluieren. Der Kernauftrag dabei: Fächer der Bereiche Phil. I und II sollen schon ab der ersten Sek-Klasse nicht mehr mit Phil. III kompensiert werden können. Welches Modell dabei genau zur Anwendung kommen soll, definierte der Landrat nicht. Bildungsdirektorin Monica Gschwind begrüsste das Anliegen. Es sei bereits eine Arbeitsgruppe am Thema dran. Widerstand gab es nur von wenigen Landrätinnen und Landräten. Sie fürchteten um die Bedeutung der kreativen Fächer, vor allem der Musik. (mn)

Nachrichten

Militärsporthalle geht als Asylunterkunft in Betrieb

Liestal Im Frühling hat das Staatssekretariat für Migration die Dreifachsporthalle bei der Kaserne für die allfällige Aufnahme von Asyl- und Schutzsuchenden vorbereitet, aber nicht nutzen müssen. Nun wird die Halle ab dem 14. November bis vorerst Ende Jahr mit 200 Plätzen wieder als Unterkunft in Betrieb genommen. (bz)

Nach Rücktritt: Gewerbler wird neuer Stadtrat

Laufen Der Nachfolger von Simon Felix ist bekannt: Christian Hamann gehört neu dem Stadtrat an. Felix hat im August seinen Rücktritt mitgeteilt. Er war mit der Haltung des Stadtrats zum Spital Laufen nicht einverstanden. Nachdem kein Nachrückender die Wahl annehmen wollte, kam es zur Ergänzungswahl. Gewählt wurde Christian Hamann, der im Stedtl einen Coiffeursalon betreibt. (bz)

Parteiloser will Gemeinderat werden

Böckten Der im Jahr 1962 geborene René Soder stellt sich der Gemeinderatsersatzwahl vom 27. November. Der Parteilose will das vakant werdende Mandat von Andreas Gerber erben, der als Vizepräsident des Böckter Gemeinderats seinen Rücktritt auf Ende dieses Jahres angekündigt hat. (bz)